

Niederschrift

Gremium:	Stadtrat
Sitzungsdatum:	Mittwoch, den 12.02.2014
Sitzungsdauer:	19:00 – 22.10 Uhr
Sitzungsort:	Kulturhaus, Straße der Jugend 41 in Tangerhütte

 Öffentliche Sitzung

 es folgte eine
Nichtöffentliche Sitzung

 Nichtöffentliche
Sitzung

 Karl-Heinz Papenbroock
Vorsitzender

 Birgit Wesemann
Protokollführer

Anwesend:

Vorsitzende/r

Herr Karl-Heinz Papenbroock

Mitglieder

 Frau Edith Braun
 Herr Heinz-Peter Döhmann
 Herr Dr. Frank Dreihaupt
 Herr Stephan Dreihaupt
 Frau Petra Fischer
 Herr Marcus Graubner
 Herr Hans-Peter Gürnth
 Frau Annemarie Hellwig
 Herr Matthias Hinze
 Herr Peter Jagolski
 Herr Wolfgang Kinszorra
 Herr Peter Krüger
 Herr Thomas Kruse
 Frau Carola Lau
 Herr Wolfgang März
 Herr Michael Nagler
 Herr Dieter Pasiciel
 Herr Detlef Radke
 Herr Stefan Reinhardt
 Herr Klaus Spötter
 Herr Bodo Strube
 Herr Hartmut Valentin
 Herr Daniel Wegener

Ortsbürgermeister

 Herr Heinz Ahrndt
 Herr Detlef Braune
 Frau Ramona Hoffmann
 Frau Rita Platte
 Herr Hans-Jürgen Radtke
 Herr Jörg Rudowski
 Herr Steffen Volkstedt

Anwesend:

stellv. Bürgermeister

Herr Erich Gruber

Mitarbeiter Verwaltung

 Frau Angelika Bierstedt
 Frau Claudia Wittke

Protokollführer

Frau Birgit Wesemann

Abwesend:

Mitglieder

 Herr Dieter Bartoschewski
 Herr Ingo Kaul
 Herr Manfred Pecker
 Herr Jürgen Schröder
 Herr Lothar Wichmann

Ortsbürgermeister

 Frau Elke Behrens
 Herr Gerhard Borstell
 Herr Volker Dabitz

Tagesordnung

zur öffentlichen/nichtöffentlichen Sitzung der EG Stadt Tangerhütte am Mittwoch, 12.02.2014, 19:00 Uhr im Kulturhaus, Straße der Jugend 41 in Tangerhütte.

Öffentliche Sitzung	DS-Nr	
1	Eröffnung der Sitzung, Begrüßung und Feststellen der Beschlussfähigkeit	
2	Feststellung der Tagesordnung und Ordnungsmäßigkeit der Einladung	
3	Feststellung der Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 18.12.2013	
4	Einwohnerfragestunde	
5	Bericht des stellv. Bürgermeister über die Ausführung gefasster Beschlüsse	
6	Beschluss - Beendigung Vertreterstellung 1. Stellvertreter - Abwahl -	048/2013
7	Beschluss - Beendigung Vertreterstellung 2. Stellvertreter - Abwahl -	049/2013
8	Beschluss - Wahl des 1. Stellvertreter	SR 90/ 2013
9	Beschluss - Wahl des 2. Stellvertreter	SR 91/ 2013
10	Beschluss - Bestätigung Ausscheiden eines Stadtratsmitgliedes	061/2014
11	Beschluss - Wahl der neuen Schiedsstelle	059/2014
12	Beschluss - Wahl Gemeindegewahlleiter und Stellvertreter	063/2014
13	Beschluss - Einteilung in Wahlbereiche gem. KWO LSA §10 Abs. 1	064/2014
14	Billigungsbeschluss über den Vorentwurf und die frühzeitige Auslegung des vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 01/2013- Elversdorf	055/2014
15	Billigungsbeschluss zur 2.Änderung des Flächennutzungsplanes der Ortschaft Demker im Parallelverfahren gemäß § 8 Abs.3 BauGB, im Zuge der frühzeitigen Auslegung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 01/2013-Elversdorf	056/2014
16	Programmjahr 2014 - Aufnahmeantrag für das Bundesprogramm "Stadtumbau- Ost" Stadt Tangerhütte	057/2014
17	Programmjahr 2014-Aufnahme für das Bundesprogramm "Kleine Städte und Gemeinden"	058/2014
18	Informationen des stellv. Bürgermeisters	
19	Anfragen und Anregungen	
<u>Nichtöffentliche Sitzung</u>		
20	Feststellung der Niederschrift des nichtöffentlichen Teils vom 18.12.2013	
21	Mitteilung - Anfrage zum Gebäudemanagement	062/2014
22	Anhörung und Diskussion Bestellung eines Beauftragten	065/2014
23	Anfragen und Anregungen	
<u>Öffentliche Sitzung</u>		
24	Wiederherstellung der Öffentlichkeit	
25	Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse	
26	Schließen der Sitzung	

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Begrüßung und Feststellen der Beschlussfähigkeit

Der SR-Vorsitzende **Herr Papenbroock** begrüßt alle Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung und Ordnungsmäßigkeit der Einladung

Herr Papenbroock stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung fest.

Anschließend stellt **Herr Papenbroock** den Antrag, die TOPe 6 bis 9 von der TO abzusetzen. Die KAB und der Landrat haben mit allen Fraktionsvorsitzenden gesprochen und er nimmt an, dass wir in der nächsten Zeit ein richtiges Ergebnis erhalten.

Herr Gürnth hat eine Anfrage. Nach TOP 10 -Beschluss zur Bestätigung zum Ausscheiden eines SR-Mitgliedes- fehlt seiner Meinung die Bestätigung des Nachrückers.

Herr Papenbroock teilt mit, dass der TOP 10 ein ergänzender Beschluss wird.

Herr Papenbroock bittet um Abstimmung, dass die TOPe 6 bis 9 von der TO genommen werden.

Abstimmungsergebnis: 20 Ja-Stimmen 0 Nein-Stimmen 0 Enthaltungen

zu 3 Feststellung der Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 18.12.2013

Herr Papenbroock stellt die Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 18.12.2013 fest.

zu 4 Einwohnerfragestunde

Frau Giggel fragt, warum die Bäume in der Bismarckstraße und auf dem Platz des Friedens gefällt wurden. Werden neue Bäume gepflanzt und wer bezahlt die neuen Bäume? Als zweites bittet sie darum, dass die Stadtarbeiter darauf achten, dass die Verkehrsschilder ordnungsgemäß stehen und nicht verdreht sind. **Herr Gruber** antwortet, die Bäume in der Bismarckstraße werden ersetzt. Es wird Kugelhorn als Ersatzpflanzung gesetzt. Die Ersatzpflanzung resultiert noch aus einer Beauftragung und zwar aus dem Bau der Bushaltestelle Schönwalder Chaussee. Die Bäume mussten raus, weil sie durch Krankheiten stark beschädigt wurden und nacheinander eingegangen sind. Er wird den Mitarbeitern des Bauhofes den Hinweis geben, dass sie auf die Verkehrsschilder besser achten sollen. **Frau Giggel** meint noch, dass Tangerhütte sehr schmutzig ist.

Frau Altenberger bittet zu prüfen, warum in Schönwalde alle Straßenlampen brennen. In Tangerhütte brennt auch nur eine bestimmte Anzahl. Zweitens, als es geschneit hat, hat der Bauhof Tangerhütte die Bushaltestelle in Schönwalde gefegt. Ihrer Meinung gibt es dafür bestehende Verträge. Dadurch entstehen doppelte Kosten. Drittens, von Richtung Tangerhütte kommend, an der Kreuzung Schernebeck/Schönwalde gibt es auf dem alten Teilstück schon wieder eine illegale Mülldeponie. Es ist ein richtiger Schandfleck. Wenn die Gemarkung nicht zur EG gehört, sondern zum LK, wäre es schön den LK zu bitten, dass sie das Stück Straße aufnehmen oder die Zufahrt dicht machen. **Herr Gruber** antwortet, die Problematik mit der Straßenbeleuchtung ist ihm so nicht bekannt. Die Lampen in Schönwalde wurden neu gebaut und eine Reduzierung der Leuchtstärke wurde vorprogrammiert. Er lässt es noch einmal prüfen, in wieweit die Nachtabsenkung durchgesetzt werden kann. Es gibt in Schönwalde auch gewisse Gefahrenstellen und da kann man nicht alles runternehmen. Die Bushaltestellen sind in Priorität des Bauhofes an der obersten Stelle, genau wie Fußgängerüberwege, Kindereinrichtungen und Schulen. Die Sache mit der doppelten Beräumung kennt er nicht und ihm ist nicht bekannt, dass es dafür Verträge gibt. Man müsste beim Ortsbürgermeister recherchieren. Zum Thema Mülldeponie hat Herr Gruber diese Woche auch eine Anfrage von Frau Braun erhalten. Hier ist nicht der Kreis, sondern das Land gefordert. Der Landesbetrieb Bau der Niederlassung Nord ist Eigentümer dieses Grundstückes. Es wurde wegen der Abfallproblematik an den Kreis gemeldet und bzgl. der Zuständigkeit an den Landesbetrieb.

zu 5 Bericht des stellv. Bürgermeister über die Ausführung gefasster Beschlüsse

Herr Gruber informiert, dass die Benutzungsgebühr für das Eheschließungszimmer im neuen Schloss in die Gebührensatzung mit aufgenommen wurde. Die 1. Änderungssatzung über die Betreuung der Kinder in den Tageseinrichtungen der EG wurde beschlossen und veröffentlicht. Als nächstes informiert er über den Beschluss zur Verwendung der Mittel aus dem Aufwertungsgebiet Tangerhütte „Nord-West“ im Zuge des Programms Stadtumbau-Ost. Da wurde angedacht, die Mittel aus dem Aufwertungsgebiet „Nord-West“ für die Erweiterung des Aufwertungsgebietes und speziell

für die Verwertung im Kulturhaus anzudenken. Die Bestätigung, dass man so verfahren kann und diese Mittel dann über einen neuen Maßnahme-, Kosten-, Finanzierungs- und Zeitplan zu realisieren. Diese Zuständigkeit liegt bei der Gemeinde.

zu 6 Beschluss - Beendigung Vertreterstellung 1. Stellvertreter - Abwahl - DS-Nr. 048/2013

Dieser TOP wurde im TOP 2 abgesetzt.

zu 7 Beschluss - Beendigung Vertreterstellung 2. Stellvertreter - Abwahl – DS-Nr. 049/2013

Dieser TOP wurde im TOP 2 abgesetzt.

zu 8 Beschluss - Wahl des 1. Stellvertreter – DS-Nr. SR 90/ 2013

Dieser TOP wurde im TOP 2 abgesetzt.

zu 9 Beschluss - Wahl des 2. Stellvertreter – DS-Nr. SR 91/ 2013

Dieser TOP wurde im TOP 2 abgesetzt.

zu 10 Beschluss - Bestätigung Ausscheiden eines Stadtratsmitgliedes – DS-Nr. 061/2014

Herr Radke nimmt ab 19:15 Uhr an der Sitzung teil.

Herr Papenbroock informiert, dass Herr Steffen Reinhardt am 18.12.2013 über den Fraktionsvorsitzenden Herrn Gürnth seinen Rücktritt erklärt hat. Er bittet die SRe um Zustimmung des Rücktrittes.

Abstimmungsergebnis: 22 Ja-Stimmen 0 Nein-Stimmen 0 Enthaltungen

Anschließend folgt die **Änderung des Beschlusses** wie im TOP 2 beschlossen wurde.

Herr Papenbroock gibt bekannt, dass von der Fraktion „Südliche Altmark“ als Nachrücker Herr Spötter gestellt wurde.

Herr Spötter nimmt den Vorschlag an und liest den Text der Vereidigung vor.

zu 11 Beschluss - Wahl der neuen Schiedsstelle – DS-Nr. 059/2014

Herr Papenbroock bittet die SRe, dass sich zwei Wahlhelfer zur Verfügung stellen. Herr Strube und Frau Hellwig erklären sich bereit. Jetzt bittet er die Anwesenden, die sich zur Wahl aufgestellt haben, sich vorzustellen.

Herr Bierstedt aus Briest, Herr Kersten aus Ringfurth, Frau Unbereit aus Scheeren und Frau Braun stellen sich vor. Herr Röhlich ist nicht anwesend. Deswegen stellt Herr Gruber Herrn Röhlich vor. Frau Borne hat die Bewerbung zurückgezogen.

Herr Papenbroock gibt Information zum Werdegang der Wahl, auch das Frau Braun keine Stimmberechtigung hat.

Während des Wahlvorganges nimmt **Herr Dr. Frank Dreihaupt** um 19:35 Uhr an der Sitzung teil und wählt auch mit.

Herr Strube gibt das Ergebnis der Wahl der neuen Schiedsstelle bekannt.

Herr Ralf-Peter Bierstedt	23 Stimmen	Herr Friedrich Kersten	8 Stimmen
Frau Corina Unbereit	18 Stimmen	Herr Erhardt Thiel	2 Stimmen
Frau Edith Braun	13 Stimmen	Herr Torsten Röhlich	2 Stimmen

Herr Papenbroock bedankt sich bei den Wahlhelfern und gratuliert Herrn Bierstedt, Frau Unbereit und Frau Braun als neue Schiedspersonen für eine Amtszeit von 5 Jahren.

zu 12 Beschluss - Wahl Gemeindevahllleiter und Stellvertreter – DS-Nr. 063/2014

Herr Gruber informiert den SR, dass er sich als Gemeindevahllleiter aufstellen lassen hat. Frau Bierstedt hat abgelehnt, sich als Stellv. des Gemeindevahllleiters aufstellen zu lassen. Aus diesem Grund hat sich als Stellv. Herr Döhmman aufstellen lassen. Dies wurde vorher mit der KAB geprüft.

Herr Papenbroock bittet um Abstimmung des Beschlusses mit der DS-Nr. 063/2014.

Abstimmungsergebnis: 23 Ja-Stimmen 0 Nein-Stimmen 0 Enthaltungen

zu 13 Beschluss - Einteilung in Wahlbereiche gem. KWO LSA §10 Abs. 1 – DS-Nr. 064/2014

Herr Gruber informiert, dass beschlossen wurde, für die gesamte EG einen Wahlbereich festzustellen. Dies ist in der Vergangenheit auch so gut gelaufen. Er bittet, um Zustimmung zu diesem Vorschlag.

Herr Papenbroock bittet um Abstimmung des Beschlusses mit der DS-Nr. 064/2014.

Abstimmungsergebnis: 23 Ja-Stimmen 0 Nein-Stimmen 0 Enthaltungen

zu 14 Billigungsbeschluss über den Vorentwurf und die frühzeitige Auslegung des vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 01/2013- Elversdorf – DS-Nr. 055/2014

Herr Papenbroock sagt, dass dieser und der nächste Beschluss auch im BA und HA auf der TO standen. Er bittet die Ausschussvorsitzenden dazu Stellung zu geben.

Herr Valentin informiert die SRe, dass im BA ein Vertreter der Planungsgesellschaft anwesend war. Er fragt Herrn Gruber, ob die Fragen, die im BA auftraten in den endgültigen Billigungsbeschluss eingearbeitet wurden. **Herr Gruber** antwortet, dass sie noch nicht eingearbeitet wurden. Sie werden heute als geänderter Beschluss mit aufgenommen, bzgl. der Zuständigkeiten. **Herr Valentin** sagt, im BA gab es die Zustimmung. **Frau Lau** sagt, dass der HA auch zugestimmt hat.

Herr Gruber merkt an, dass die redaktionellen Fehler überarbeitet werden.

Herr Papenbroock bittet um Abstimmung des Beschlusses mit der DS-Nr. 055/2014.

Abstimmungsergebnis: 21 Ja-Stimmen 0 Nein-Stimmen 2 Enthaltungen

zu 15 Billigungsbeschluss zur 2.Änderung des Flächennutzungsplanes der Ortschaft Demker im Parallelverfahren gemäß § 8 Abs.3 BauGB, im Zuge der frühzeitigen Auslegung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 01/2013 -Elversdorf DS-Nr. 056/2014

Herr Gruber sagt, dass es fast der gleiche Sachverhalt ist, bezogen auf die Änderung des FNP, die im Parallelverfahren hier durchgeführt werden soll. Ähnliche Bemerkungen in den Ausführungen wurden durch das Planungsbüro erarbeitet und diese werden ergänzt.

Frau Fischer informiert, dass der Ortschaftsrat mit diesen Beschlüssen mitgegangen ist. Es war aber nirgendwo raus zu lesen, wer die Änderungen des FNP bezahlt. **Herr Valentin** sagt, dies wurde im BA erarbeitet und **Herr Gruber**, vor Satzungsbeschluss wird ein Kostenübernahmevertrag und ein Durchführungsvertrag abgeschlossen.

Herr Graubner fragt, warum sind die Aussagen von Herrn Gruber nicht Bestandteil der Beschlussvorlage. **Herr Gruber** antwortet, im Vorentwurf war es drin. **Herr Wegener** findet, wenn so etwas im BA besprochen wurde, wäre es gut, wenn die Änderungen im SR bekannt gegeben und miteingefügt werden. **Frau Braun** gibt Herrn Graubner und Herrn Wegener Recht. Es kann nicht sein, dass die Originalfassung, die längst durch die Beratungsfolge gegangen ist, hier ohne diese ergänzenden Festlegungen eingebracht wird. Es muss ein Nachtrag oder ein Austauschblatt geben und erläutert werden, denn es sind nicht alle in der Lage Entscheidungen zu fällen. Wenn man das auf die Spitze treibt, müsste man von Rechtswegen dagegen stimmen. **Frau Platte** stimmt Frau Braun zu.

Herr Gruber liest den Beschluss noch einmal vor und fügt den Satz für den Änderungsbeschluss zu, der wie folgt lautet.

Der SR der Stadt Tangerhütte billigt den Vorentwurf zur 2. Änderung des FNP der Ortschaft Demker nebst Begründung und mehreren redaktionellen Änderungen aus dem Bau- und Hauptausschuss und beschließt die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit und Behörden sowie der Träger Öffentlicher Belange, auf der Grundlage des Aufstellungsbeschlusses vom 24.07.2013.

Die öffentliche Auslegung der Planungsunterlagen erfolgt nach § 3 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) i.V.m. § 4 Abs. 1 BauGB in der derzeit geltenden Fassung. Das Aufstellungsverfahren erfolgt im Parallelverfahren nach § 8 Abs. 3 BauGB.

Die Kosten des Verfahrens trägt der Antragsteller.

Herr Papenbroock bittet um Abstimmung des Beschlusses mit der DS-Nr. 056/2014, mit den Änderungen.

Abstimmungsergebnis: 22 Ja-Stimmen 0 Nein-Stimmen 1 Enthaltungen

zu 16 Programmjahr 2014 - Aufnahmeantrag für das Bundesprogramm "Stadtumbau- Ost" Stadt Tangerhütte - DS-Nr. 057/2014

Herr Gruber informiert, dass der Beschluss die Neuaufnahme des Sanierungsgebietes Tangerhütte „Nord-Ost“ in das Bundesprogramm „Stadtumbau Ost“ beinhaltet, weil dieses Gebiet bisher nicht Bestandteil der Aufnahme gewesen ist. Dort ist lediglich das Gebiet Tangerhütte „Nord-West“ mit drin. Das Ziel ist, die begonnene Sanierungsmaßnahme in der August-Bebel-Straße zu Ende zu führen. Dazu sind im Abschnitt des Programmjahres 2014 bis 2018 Eigenmittel von 205 T€ notwendig, die sich aus schon vorhandenen Bewilligungen und den Festlegungen aus dem HKK zusammensetzen. Für die Jahre 2017/2018 sind für die Maßnahme jeweils 62 T€ einzusetzen. Gesamthalt des Programmes sind 615 T€, die als Kosten für diese Sanierung in dem Bereich angeschlagen wurden.

Herr Papenbroock bittet die Vorsitzenden des BAes und des HAes, hierzu Stellung zu nehmen.

Herr Valentin gibt an, dass sich der BA mit diesem Thema intensiv befasst hat und durch die Ausführungen von Herrn Gruber einstimmig zugestimmt hat. **Frau Lau** schließt sich den Worten von Herrn Valentin an und sagt, dass der HA diesem Beschluss auch zugestimmt hat.

Herr Gürnth fragt, sind das Eigenmittel der Gemeinde oder Eigenmittel des OTes Tangerhütte?

Herr Gruber antwortet, der EG.

Herr Papenbroock bittet um Abstimmung des Beschlusses mit der DS-Nr. 057/2014.

Abstimmungsergebnis: 21 Ja-Stimmen 0 Nein-Stimmen 2 Enthaltungen

zu 17 Programmjahr 2014-Aufnahme für das Bundesprogramm "Kleine Städte und Gemeinden" - DS-Nr. 058/2014

Herr Papenbroock bittet die Vorsitzenden des BAes und HAes auch hierzu Stellung zu nehmen.

Herr Valentin und **Frau Lau** geben an, dass im BA und im HA zugestimmt wurde.

Herr Graubner erinnert, dass im BA und im HA Fragen an den stellv. BM hinsichtlich der Zeitlinie und Untersetzung gestellt wurden. Es gibt immer noch kein Nutzungs- und Raumkonzept. Weil noch nichts vorliegt, kann man nicht sagen, es gibt bestimmte Gelder für bestimmte Dinge und man kann guten Gewissens einen Antrag abgeben.

Herr Gruber informiert, damit die Frist vom 31.01.2014 eingehalten wird, hat er den Antrag schon gestellt. Es soll ein Einstieg in das Programm „Kleine Städte und Gemeinden“ sein. Ob dieses Programm 2014 als Maßnahmeprogramm fortgeführt wird, steht noch nicht fest, denn dazu muss eine Bund-Länder-Vereinbarung über die Städtebauförderung abgeschlossen werden und der Abschluss des Verfahrens mit dem Bund ist im Moment noch nicht in Sicht. Unabhängig davon hat er die Rechte in Form des Antrages reserviert. Das Konzept liegt ihm schon vor aber er hat mit dem Planer noch einmal bestimmte Punktkonkretisierung besprochen, um bestimmte Punkte noch einmal aufzuarbeiten, damit man den Verfahrensweg und die Ansicht des Planers auch vernünftig folgen kann. Der Teil 5 dieser Studie wird spätestens im nächsten BA vom bearbeitenden Ingenieur vorgelesen.

Herr Kinszorra sagt, es wird immer fokussiert auf Bauingenieur, Umbau, Abriss, Neuplanung, Statik hin und her. Die SRe haben letztmalig im Sommer angemahnt und Anfang September hat er mit Herrn Graubner dies im BA oder HA nochmals angemahnt. Es sollte schon zum 31.10.2013 vorgelegt werden und sie hatten zu Herrn Gruber gesagt, dass er dann endlich einen kompetenten Fachmann, ein Institut oder eine GmbH besorgen soll. Dafür hat der SR Herrn Gruber auch den „finanziellen“ Freibrief gegeben. Nun kommt raus, dass jetzt erst ein Bauingenieur beauftragt wurde, um feststellen zu lassen, wie die Substanz ist und das gesamte Konzept liegt immer noch nicht vor. Kosten- und Erlösproblematik, zukünftige Planung und Dinge, die wir in diesem Hause machen möchten, will sicherlich das Ministerium wissen. Dafür sind hervorragende SRe mit guten Beziehungen zu den persönlichen Referenten des Bauministers gefahren. Bisher ist noch nichts weiter vorgelegt worden und heute verkündet Herr Gruber voller Stolz, dass er vor dem 31.01.2014 den Antrag gestellt hat, damit man in diese Finanzierung möglicherweise mit reinkommt und es wurde wieder das gleiche Ingenieurbüro genommen. Er weiß nicht, ob das der richtige und umfassende Weg ist, um hier kurzfristig und zeitnah den Wünschen und Hinweisen der entsprechenden Personen im Ministerium Folge leisten zu können. Die Verwaltung muss ihre Arbeit überdenken, denn es kann nicht sein, dass immer alles nicht geht.

Herr Gruber weist diesen Vorwurf strikt zurück, denn er hat nicht gesagt, dass alles nicht geht. Er hat gesagt, dass der Teil 5 vorgesehen ist. Natürlich hat dieses Konzept einen größeren Umfang und dazu gehören Zuarbeiten, auch aus bestimmten Bereichen von der Verwaltung. Wir werden die nötigen Zuarbeiten bis hin zum Nutzungskonzept finanziell (Einnahmen- und Ausgabensituationen und Erträge) kalkulieren müssen.

Herrn Jagolski gibt der Satz, der Planer prüft verschiedene Varianten, nicht viel, denn er weiß noch nicht einmal welche Variante. **Herr Gruber** meint, dass Herr Jagolski das Konzept, das er beim Vertrag mit rausgegeben hat, nicht gelesen hat.

Herr März fragt, ob über das Kulturhaus oder über diesen Beschluss diskutiert wird. **Herr Gruber** antwortet, der Beschluss „Kleine Städte und Gemeinden“ ist umfassender.

Herr Papenbroock bittet um Abstimmung des Beschlusses mit der DS-Nr. 058/2014.

Abstimmungsergebnis. 23 Ja-Stimmen 0 Nein-Stimmen 0 Enthaltungen

zu 18 Informationen des stellv. Bürgermeisters

Herr Gruber informiert, dass er auf nochmaliger Nachfrage von Mitgliedern des SRes bzgl. der Maßnahmen am Treuldeich den Leiter des Landesamtes für Hochwasserschutz angeschrieben hat. Er hat um konkrete Stellungnahme zu der Problematik Treuldeich gebeten. Vorgestern hat er ein Schreiben mit folgendem Inhalt erhalten und zwar, dass die Sanierung des Treuldeiches eine geringere Priorität hat, als bestimmte Deichbaumaßnahmen im Norden S-A. Außerdem wurde ihm mitgeteilt, dass es sich beim Deichbau am Sandkrug um einen Deich handelt, der irrtümlich in bestimmten Bereichen über der Normalhöhe gebaut wurde, zwar nicht DIN-gerecht aber alle Deiche, die noch saniert werden müssen, sind nicht DIN-gerecht. Ihm wurde nach Aussagen des Ministers Dr. Aikens die Standsicherheitsuntersuchung für 2014 zugesichert und dazu werden die Berechnungen durchgeführt. Die Ergebnisse werden im Jahr 2014 vorliegen. Die Realisierung der Maßnahme soll 2017 erfolgen, lt. Prioritätenliste bis 2020.

Die Verwaltung wurde vom LK aufgefordert, zum Landschaftsschutzgebiet Elbaue-Wahrenberg noch einmal eine Anhörung durchzuführen. Es ist schwierig, weil wir bis zum 28.02. keine Ausschüsse haben. Die betroffenen OBM haben die Information bekommen und er hat sie gebeten, sich in den ORen noch einmal zu verständigen, um bestimmte Sachen, die nicht die Zustimmung finden, mit zu koordinieren. Die Pläne lassen sich nicht ausdrucken aber eine Ansicht ist möglich. Sie sind Maßstab A3.

Herr Rudowski sagt, als erstmalig dieses Landschaftsschutzgebiet geplant und umgesetzt wurde, wurden auch die örtlichen Landwirte in die Diskussion mit einbezogen. Ist das vorgesehen? **Herr Gruber** muss den LK fragen, denn wir wurden jetzt nur als Gemeinde gefragt. **Herr Papenbroock** gibt an, dass damals nicht alle Landwirte anwesend waren. Einige Landwirte hatten sich auch dagegen geäußert, den Boden zur Verfügung zu stellen. **Frau Braun** geht es zu schnell und zu durcheinander. Dafür ist die Angelegenheit viel zu wichtig. Wie soll es mit der Anfrage weitergehen? Das sind alles Sachen, die nicht terminisiert sind. Wir wissen nicht, wer nach der Wahl hier noch sitzt. Es soll im Protokoll aufgenommen werden, dass **die Verwaltung beauftragt wird, dieses Schreiben unter Kontrolle zu halten, um den Informationsstand an den nachfolgenden SR weiter zu geben**. Es muss informiert werden, wann die Prüfung erfolgt und im Terminplan festgehalten werden. Sie findet auch, wenn lt. Terminplan keine Ausschüsse vorgesehen sind und diese Sache so brennend und wichtig ist, muss das aus ihrer Sicht zumindest durch den HA gehen, um es rechtlich abzusichern.

Herr Kinszorra meint, wenn lt. TO Information des BM dran ist, informiert er erst einmal und unter Anfragen und Anregungen kann man seine Meinung äußern und diskutieren.

Herr Gruber informiert weiter, dass mit den OBM bzgl. der Wahlen eine Informationsveranstaltung durchgeführt wird. Zu dieser Veranstaltung wird natürlich der Wahlleiter, der stellv. Wahlleiter und die zuständige Mitarbeiterin aus der Verwaltung zugegen sein.

In weitere Bearbeitung ist die nochmalige Anhörung des 2. Entwurfes der Änderung des FNP Cobbel. Dieses Verfahren ist in Abstimmung mit dem Planungsbüro noch einmal passiert. Die Träger öffentlicher Belange und die Bürger werden mitbeteiligt, um die Erkenntnisse zu sammeln und aufzufrischen und um dann das Verfahren fortzuführen. Es wird avisiert, Mitte des Jahres diese Sache abzuschließen.

zu 19 Anfragen und Anregungen

Protokoll der Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. vom Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.

Herr Kinszorra sagt, dass er von Herrn Gruber das Antwortschreiben des Direktors des Landesbetriebes für Hochwasserschutz vom 07.02.2014 zum Thema Treuldeich erhalten hat. Er fand es gut, dass Herr Gruber am 29.01.2014 dies noch einmal angemahnt hat. Die WG Fraktion „Pro Region“ (Herr Kruse und Herr Kinszorra) haben dann zielgerichtet auf die Anhörung und auf die Veranstaltungen des Kulturhauses Stellung genommen sowie präzise Fragen gestellt und in einer Tischvorlage thematisiert. Das Antwortschreiben ist unbefriedigend. Es gibt die Fernsehsendung „Titel Thesen Temperamente“. Für ihn heißt es „Trixen Täuschen Tarnen“. Man wird als Vertreter der Bürger vorgeführt, in dem man dort einfach global und verbal Dinge äußert, die so nicht in Ordnung sind. Er schlägt vor, mit anderen interessierten SREn und mit Herrn Gruber diese Sache analytisch auseinanderzusetzen. Danach kann man noch einmal dem stellv. Direktor, Herr Dr. Ing. Hans-Werner Uhlmann, den Brief über den Landrat zustellen lassen, damit er uns akkurate Antworten zu unseren akkuraten Fragestellungen gibt. Wir leben in einem demokratischen Rechtsstaat und hier werden hochbrisante Themen, die für unsere Bevölkerung überlebenswichtig sind, vertuscht. Er schlägt Herrn Gruber vor, bis Ende Februar einen Termin zu machen, damit dieses Schreiben schnell über den Landrat an den Betriebsdirektor des Landesbetriebes für Hochwasserschutz und Wasserwirtschaft geht. Außerdem schlägt er vor, dass interessierte SRE und der stellv. BM vor Ort eine Ortsbegehung machen und dann können die Mitarbeiter des Landesbetriebes anhand dieses Schreibens sagen, wo ein DIN-gerechter Deich errichtet wurde. Dieses Schreiben müssen alle SRE bekommen, damit alle gleichmäßig informiert sind wie eine öffentliche Behörde mit uns umgeht. **Herr Wegener** ist auch der Meinung, dass man es nicht einfach für den neuen SR aufheben soll sondern so schnell wie möglich gegen dieses Schreiben Widerspruch einlegt und darauf hinweist, in welchem Zustand der Deich ist. Jede Kindereinrichtung oder das Kulturhaus wird sofort dichtgemacht, wenn die DIN nicht gegeben ist und wenn Gefahr für Leib und Seele besteht. Hier passiert nichts, obwohl der Deich nicht DIN-gerecht ist und dadurch Gefahr für Leib und Leben für die ½ EG besteht. **Frau Braun** ist nicht dafür, dass gesagt wird, ich und interessierte SRE. Zu dieser Thematik müssen die entsprechenden Ausschüsse einberufen werden, damit dies einen offiziellen Charakter bekommt und dann wird der Widerspruch eingereicht. **Herr Gruber** ist bereit, federführend mitzuwirken aber nicht mehr im Februar. Im Februar muss der SR mit dem Stellv. zufrieden sein. **Herr Graubner** erklärt sich bereit, bei der Vorformulierung zu helfen.

Herr März hat eine Nachfrage zum Landschaftsschutzgebiet. Ende März ist der Termin zur Stellungnahme. **Herr Gruber** berichtigt, 28.02.2014. **Herr März** findet, man hätte eine kurze Zusammenfassung, was ein Landschaftsschutzgebiet beinhaltet und was dort nicht mehr erlaubt ist, erstellen können. Wie wird in dieser Sache weiter verfahren? **Herr Papenbroock** meint, man sollte um eine Terminverlängerung bitten und **Herr März** ist dafür.

Frau Braun hatte zum Thema Treuldeich gebeten, einen ordentlichen Ausschuss einzuberufen. Wir müssten jetzt abstimmen, dass dem stattgegeben wird und zu dieser Problematik einen Termin finden.

Herr Papenbroock sagt zum Thema Landschaftsschutzgebiet, das es Uetz, Kehnert, Sandfurth und Ringfurth betrifft. In den Orten fanden darüber schon verschiedene Versammlungen statt und vor 2 Jahren gab es auch in Tangerhütte mit den betreffenden Landwirten eine Veranstaltung. Bis vor kurzem hieß es immer vorläufiges Landschaftsschutzgebiet aber jetzt ist es als Schutzgebiet festgeschrieben und nun sagen einige Landwirte, wir dürfen dies und dass nicht mehr. Er meint, dass dieser Beschluss vertagt werden müsste, damit die jeweiligen Orte die Chance haben, dies noch einmal zu diskutieren. **Herr Gruber** stellt fest, die Landwirte sind mit einer anderen Frist und einen anderen Termin mitbeteiligt gewesen? Also ist nur die Verwaltung zur Stellungnahme gefragt. Ihr seid ja ein Bauernverband? **Herr März** und **Herr Papenbroock** stimmen zu.

Herrn Kruse missfällt die unverbindliche Verbindlichkeit. Es wird besprochen, man müsste, man sollte, man könnte mal was machen aber es wird letztendlich nicht festgelegt, wann etwas gemacht wird und wann welche Termine sind. Das Thema Treuldeich ist wirklich wichtig. Damit dies endlich klar fixiert ist, muss hier festgelegt werden, dies kommt in den nächsten Beratungsfolge im HA und im BA und im Vorfeld dieser Versammlung sollte sich vielleicht Herr Gruber mit Leuten zusammensetzen, die sich intensiv mit dieser Mattiere beschäftigt haben. Das zweite ist das Kulturhaus. Es wird in einer Eilentscheidung viel Geld ausgegeben und ein Planungsbüro beauftragt und auch hier sieht er keinen Termin. Wann ist denn der Termin für die Übergabe eines Nutzungskonzeptes? Inwieweit wird es mit dem Betreiber der Gaststätte abgestimmt? Immerhin werden für Feiern Verträge abgeschlossen und die Leute möchten wissen wann geht was aber keiner weiß das. Wenn man

einen Architekten Geld gibt, muss man auch festlegen können, das Nutzungskonzept liegt am 31.03 vor und der SR beschäftigt sich damit in der nächsten Sitzung.

Herr Graubner fragt die Verwaltung, wann ist die 1. Lesung des HH 2014, denn damit man hier Dinge verhandeln kann, benötigt man Zahlen auf dem Tisch. **Herr Gruber** meint, die Antwort hätte man sich im FFW-Gerätehaus holen können, z.B. welche Probleme gibt es in der Umsetzung der Doppik-Maßnahme. Zu dieser Informationsveranstaltung wurden alle SRe eingeladen und beschämend war, dass nur 2 bis 3 SR-Mitglieder anwesend waren. Er bittet Frau Bierstedt, einen groben Überblick zu geben. **Frau Bierstedt** gibt an, dass auf Grund der schlechten personellen Situation die Verwaltung vom SR beauftragt wurde, über das Verwaltungshilfeprogramm noch eine Person zu rekrutieren. Wir kriegen entsprechend den Anforderungen des Landesprogrammes Niemanden als Unterstützung, d.h., sie sitzt allein und muss die ganze Doppik aufbauen. Es gibt lediglich eine Unterstützung. Das ist eine Kollegin, die sich mit der Aufnahme und Bewertung des Vermögens beschäftigt. Von uns wurde sichergestellt, dass ab 2014 doppisch gebucht wird. Sie hat die gesamten Produkte eingegeben. Die Verwaltung ist jetzt dabei, Teilhaushalt zu bilden und wird dann mit den Eingaben beginnen. Ein doppischer HH dauert doppelt so lange wie ein kameralistischer, weil es dermaßen viele gesetzliche Grundlagen gibt, die eingehalten werden müssen.

Herr Wegener möchte wissen, ob der Solarpark Uchtdorf gebaut wird. **Herr Gruber** antwortet, dass er vom Vorhabensträger bis heute keine Information hat wie der Stand ist.

Herr Kinszorra sagt, der Termin auf Herr Graubners Anfrage wurde heute noch nicht geklärt. Es wurde nur gesagt, wir haben keine Leute und es kommt keiner nach Tangerhütte. Als er noch im HA tätig war, wurden sehr gut theoretisch ausgebildete Verwaltungsfachwirte vorgestellt. Für ihn ist verwunderlich, das auf einmal ein Personalmangel und ein Riesenproblem mit der Doppik besteht. Man muss einfach Weiterbildungen für die Mitarbeiter und für sich organisieren und nicht nur rumjammern und sagen, ich kann es nicht machen, weil ich es nicht weiß. Diese Antwort findet er von der Kämmerin unbefriedigend. **Herr Graubner** schließt sich den Äußerungen von Herrn Kinszorra an. Es wurden ja einige junge Leute eingestellt. Wenn diese jungen Leute nicht mehr da sind, bittet er zu prüfen, wenn keine Leute zu uns kommen wollen, ob Hilfe des Landkreises in Anspruch genommen werden kann. **Frau Bierstedt** sagt, die Verwaltung hat sich in der Stadt Stendal, im Landkreis und bei den Nachbargemeinden bemüht. Nirgends ist Personal über, weil sie selber noch mit der Einführung der Doppik beschäftigt sind. Um die 75% Förderung zu erhalten, darf man über das Verwaltungshilfeprogramm nur junge Leute von Absolventen der Fachhochschule Harz einstellen. Die eine Kollegin, die spezifisch dafür ausgebildet war, ist zurzeit im Babyjahr und das kann man nicht ersetzen. **Herr März** unterstützt Herrn Kinszorra. Es muss doch in der Verwaltung eine Planung geben. Frau Bierstedt erzählt, dass es alles irgendwie nicht geht aber sie muss doch sagen können, z.B. bis August ist der Plan erstellt. Wenn keiner sagen kann, wann die 1. Lesung ist, wendet er sich in dieser Sache an die KAB. **Herr Gruber** sagt zu Herrn März, dass er sich gern an die KAB wenden kann, denn das hat die Verwaltung längst gemacht. Nicht einmal die KAB unterstützt uns in der Richtung. Er war persönlich beim stellv. Oberbürgermeister der Stadt Stendal und haben über das Problem Verwaltungshilfe gesprochen. Es ist Niemand in der Lage, uns zu helfen. **Frau Braun** ist jetzt 3½ Jahre in diesem SR und hört seitdem was alles nicht geht. Es ist erschreckend, dass sich die Verwaltung selbst so darstellt und sich disqualifiziert. Sie selbst hat 7 Jahre eine Verwaltung geführt. Man hat es hier mit Mitarbeitern zu tun, die 23 Jahre im öffentlichen Dienst sind und sich qualifizieren konnten und das gab es alles zu Beginn nicht. Man kann sich nicht immer darauf zurückziehen, dass diese Sache kompliziert ist Es gibt in allen Verwaltungen Probleme. Dort werden sie aber gelöst. Da sie durch den ganzen LK kommt, weiß sie, dass es richtig ist, dass keiner 1 Person abstellen kann. Das hat auch etwas mit dem demographischen Wandel und mit der Attraktivität der Orte zu tun aber sie können die Aufgaben lösen und haben einen HH. Es kann nicht sein, dass es Aufgabe des SRes ist, sich mit dieser Problematik zu befassen. Die Aufgabe des SRes liegt darin, ein fertiges Exemplar auf den Tisch zu bekommen und darüber zu befinden. **Herr Radke** sagt, dass das Thema Doppik im Finanzausschuss des Landtages ein Thema war. Das Finanzministerium hat eine Lenkungsgruppe für die Umstellung der Doppik für Gemeinden, die jetzt Hilfe benötigen, gebildet. Er empfiehlt sich direkt an das Finanzministerium zu wenden und Hilfe einzufordern.

Herr Jagolski möchte eine Information zum aktuellen Sachstand der Brandschutzbedarfsanalyse und **Herr Gruber** antwortet. Im vergangenen Jahr März/April wurde die Analyse in der Vorfassung dem LK zur Stellungnahme zugeführt und wurden wegen dem Hochwasser vertröstet. Dann kamen von der KAB bzgl. der Überarbeitung der Analyse ein Teil Rückfragen. Glücklicherweise war der LK

in der Lage, Forderungen, die nach den Ergebnissen des Hochwassers mit einfließen würden, mit anzusprechen. Dies war eigentlich gar nicht ihre Aufgabe, denn die Analyse lag März/April vor. Für Herrn Gruber ist dies eine Unverschämtheit, dass eine Forderung aufgemacht wurde, was man zu diesem Zeitpunkt noch gar nicht gekannt hat, denn dies kann man im Nachhinein nur als Ergänzung oder Fortschreibung der Analyse machen. Es wurden auch viele Dopplungen mit aufgenommen, die aus der Sicht der KAB hier nicht vorhanden waren. Dieser Punkt wurde auch entkräftet. In Zusammenarbeit mit dem Brandschutzbearbeiter, der uns die Analyse mit erstellt hat, hat die Verwaltung der KAB die Stellungnahme zugeleitet. Jetzt wartet die Verwaltung auf das Ergebnis. Diese Analyse liegt schon seit einem Jahr beim LK.

Herr Rudowski hat eine Anfrage zum Zweckverband Altmark zum Breitbandausbau. Der Bund hat eine neue Rahmenrichtlinie verabschiedet und Land S-A eine neue Förderrichtlinie für den Ausbau von Engerä-Netzen. Gibt es irgendwelche Informationen aus dem Zweckverband und zwar wie es weitergeht und wie die Sachstände sind? **Herr Kinszorra** gibt an, dass er der gewählte Vertreter der Gemeinde für den Zweckverband ist. Der MDR, Studio Stendal hat darüber berichtet, dass Herr Stoll als stellv. Geschäftsführer des Verbandes gesagt hat, dass die Ausschreibungen erfolgt sind und das jetzt Verhandlungen mit einzelnen Bietern erfolgen. Herr Kinszorra hat regelmäßig die gesamte Dokumentation der BMin bzw. stellv. BM zur Verfügung gestellt. Da er dort als einziger Bürger und Amateur auftritt, hat er immer die Möglichkeit gehabt, intensiv nachzufragen. Die Auswahlkriterien wurden intensiv diskutiert und vertraulich zu behandeln. Es gibt Verhandlungen zu den einzelnen Bietern, die dann die Übernahme der einzelnen Bereiche vorbereiten. Für ihn und für einige andere Vertreter ist der Schritt noch nicht klar. Irgendwann beginnt ein sogenanntes „Windhundprinzip“. Die Mitgliedsgemeinden, die im Breitband sind, könnten die planerischen und kompetenten Voraussetzungen für die Erschließung mit den sogenannten Leerrohren vorhalten und würden wahrscheinlich dann in Beschlussfassung als 1., 2. oder 3. Gebiet Berücksichtigung finden. Aufgrund der Situation in unserer Verwaltung, hat er überhaupt noch nicht nachgefragt oder nachgefasst, ob wir denn dazu in der Lage wären. Es ist so, dass technisch die Erschließung mit den Leerrohren für diese möglichen Investoren, die dann diese Breitbandsysteme betreiben, von jedem Ort der Mitgliedsgemeinden begonnen werden kann. Die Betreiber, die den Zuschlag bekommen sollen, müssen sich einen Anteil von Vertragspartnern sichern, d.h., die Bürger, die mit Vertragsangeboten von 1 bis 2 Jahren bei Stimmung gehalten werden, können sich dann diese Anschlusschance sichern, um damit selber Geld zu verdienen. Wir haben uns auch demokratisch zu den Fragen der Ausschreibungskennziffern und zu den Fragen der Vertragsinhalte mit den einzelnen Bietern beschäftigt. Federführend sind natürlich der LK und das Landratsamt in Salzwedel und man hat die Kompetenz von verschiedenen anderen Verbänden in Süddeutschland und Schleswig-Holstein genutzt. Er ist guter Dinge, das man in diesem Verband die Erschließung beginnen wird. Man müsste kurzfristig andenken, welche Leistungen zu erbringen sind, damit wir möglicherweise mit den 1. Regionen unserer Gemeinden dort mit reinkommen könnten. **Herr Gruber** ergänzt, dass „Windhundprinzip“ ist eine Fortführung der Maßnahme, die schon einmal durchgeführt wurde, d.h., es kommen die Regionen als erstes zum Tragen, die über 60% Anschlusspunkte verfügen. **Herr März** fragt, ob in den OTen unserer EG die 60% gesichert sind. **Herr Gruber** sagt, nein. Soweit **Herr Rudowski** informiert ist, beziehen sich die 60% der angeschlossenen Grundstücke auf eine Kalkulation des Verbandes, die ohne Förderung stattfindet, d.h., jeden Fördereuro, den der Verband bekommt, schmälert diese 60% nach unten ab und das bedeutet, je nach Fördervolumen könnte es bei 40% der anzuschließenden Häuser passen. Es wurde in keinem Ort eine Einwohnerversammlung durchgeführt, weil man nicht weiß, wie man die Leute informieren soll. Er würde nicht behaupten, dass wir die Prozentzahlen nicht zusammen bekommen und er würde eher dafür plädieren, wenn klar ist wie die Bedingungen sind. Der Verband macht sogenannte Bebauungsgebiete, also er macht Zellen, für die er jeweils einzeln die Fördermittel bekommt. Wenn kein Bürger darüber informiert ist, kann man auch gut behaupten, dass es keiner will. **Frau Braun** sagt zu Herrn Rudowski, dass Lüderitz und andere Gemeinden zu diesem Thema einen Einwohnerversammlung durchgeführt haben. Allerdings ist das auch schon wieder 3 bis 4 Jahre her. Inzwischen ist aber LTE bei uns eingezogen und alle, die auf das Internet angewiesen sind, haben LTE und stehen in Verträge. **Herr Kinszorra** stimmt Herrn Rudowski zu. Der Landrat Herr Zieche und unser Landrat versuchen Fördermittel zu akquirieren, um die Finanzierung besser zu gestalten. Damit würde sich auch die Kalkulation der Anbieter verbessern. Nach seinem Kenntnisstand ist es so, dass die Anbieter von Haus zu Haus gehen und mit der Bevölkerung Verträge abschließen und die wollen eine Kalkulation von 60% haben. Die 60% werden fallen, wenn wir als Verband Fördermittel bekommen, um das Leerraumsystem geringer zu gestalten. Damit bleiben zwar die Preise aber es fallen die Kopffzahlen.

Herr Gruber korrigiert, die 60% sind zum Beginn der Maßnahme nur kurzfristig genannt. Es stehen im Land 10 Mio. Fördermittel bereit. **Frau Platte** meint, man muss erst einmal die Bedingungen kennen, um eine erneute Umfrage zu machen.

Herr Papenbroock schließt 20:55 Uhr den öffentlichen Teil und beginnt nach einer 5-minütigen Pause den nichtöffentlichen Teil.

Öffentlicher Teil

zu 24 Wiederherstellung der Öffentlichkeit

Herr Papenbroock stellt 22:07 Uhr die Öffentlichkeit wieder her.

zu 25 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Herr Gruber gibt den Beschluss aus dem nichtöffentlichen Teil bekannt.

zu 26 Schließen der Sitzung

Die SR-Sitzung wird 22:10 Uhr geschlossen.